

Unfallversicherung 2016

Formular 4011 – Stand 01.01.2017

Teil I

Allgemeine Unfallversicherungs-Bedingungen (AUB 2016)

Der Versicherungsumfang

- 1 Was ist versichert?
- 2 Welche Leistungsarten können vereinbart werden? Welche Fristen und sonstigen Voraussetzungen gelten für die einzelnen Leistungsarten?
 - 2.1 Beratungsleistungen im Reha-Management
 - 2.2 Geldleistungen
 - 2.2.1 Invaliditätsleistung
 - 2.2.2 Sofortleistung bei Schwerverletzungen
 - 2.2.3 Todesfall-Leistung
 - 2.2.4 Verbessertes Krankenhaustagegeld
 - 2.2.5 Kosten für kosmetische Operationen
 - 2.2.6 Kosten für Such-, Bergungs- und Rettungseinsätze sowie für zusätzliche Übernachtungen und Rückkehr zum Wohnsitz
- 3 Was passiert, wenn Unfallfolgen mit Krankheiten oder Gebrechen zusammentreffen?
- 4 Welche Personen sind nicht versicherbar?
- 5 Was ist nicht versichert?

Der Leistungsfall

- 6 Was ist nach einem Unfall zu beachten? (Fristen und Obliegenheiten)
- 7 Welche Folgen haben das Nichteinhalten von Fristen und die Nichtbeachtung von Obliegenheiten?

- 8 Wann sind die Leistungen fällig?

Die Versicherungsdauer

- 9 Wann beginnt und wann endet der Vertrag?

Der Versicherungsbeitrag

- 10 Was müssen Sie bei der Beitragszahlung beachten?
Was geschieht, wenn Sie einen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen?
- 11 Wie ist der Beitrag kalkuliert und in welchen Fällen kann der Beitrag für die Hilfeleistungen oder das Familien-Management neu festgesetzt werden?

Weitere Bestimmungen

- 12 Wie sind die Rechtsverhältnisse der am Vertrag beteiligten Personen zueinander?
- 13 Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht?
- 14 Wann verjähren die Ansprüche aus dem Vertrag?
- 15 Welches Gericht ist zuständig?
- 16 Was ist bei Mitteilungen an uns zu beachten? Was gilt bei Änderungen Ihrer Anschrift?
- 17 Wie und unter welchen Voraussetzungen können Bedingungen angepasst werden?
- 18 Welches Recht findet Anwendung?

Teil II

Zusatzbedingungen

Gelten generell:

- Zusatzbedingungen für das Fluggastrisiko (ZB Fluggastrisiko 2016)
- Zusatzbedingungen für die Gruppen-Unfallversicherung (ZB GruppenUV 2016)
- Zusatzbedingungen zur Leistungsbegrenzung (ZB Leistungsbegrenzung 2016)
- Besondere Bedingungen für den Direktanspruch der versicherten Personen
- Besondere Bedingungen für den Einschluss von Infektionen durch Zecken- und Insektenstiche (BB Zeckenstich 2016)
- Erweiterungen zu den Allgemeinen Unfallversicherungs-Bedingungen (AUB 2016)

Teil III

Besondere Bedingungen

Gelten sofern vereinbart:

- Besondere Bedingungen für Mehrleistungen 300 (BB Mehrleistungen 2016 – 300 Prozent)
- Besondere Bedingungen für die Unfallversicherung mit progressiver Invaliditätsstaffel 500 (BB Progression 2016 – 500 Prozent)

Was Sie über Ihre Unfallversicherung wissen sollten

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

Grundlage für Ihren Vertrag sind diese Allgemeinen Unfallversicherungs-Bedingungen (AUB 2016) und – wenn mit Ihnen vereinbart – weitere Bedingungen. Zusammen mit dem Antrag und dem Versicherungsschein legen diese den Inhalt Ihrer Unfallversicherung fest. Sie sind wichtige Dokumente.

Bitte lesen Sie die AUB daher vollständig und gründlich durch und bewahren Sie sie sorgfältig auf. So können Sie auch später, besonders nach einem Unfall, alles Wichtige nachlesen.

Wenn ein Unfall passiert ist, benachrichtigen Sie uns bitte möglichst schnell. Wir klären dann mit Ihnen das weitere Vorgehen.

Was nach einem Unfall zu beachten ist, können Sie in Ziffer 7 Ihrer AUB 2016 (Fristen und Obliegenheiten) nachlesen.

Wir kommen als Versicherer nicht ganz ohne Fachbegriffe aus. Diese sind nicht immer leicht verständlich. Wir möchten aber, dass Sie Ihre Versicherung gut verstehen. Deshalb erklären wir bestimmte Fachbegriffe oder erläutern sie durch Beispiele. Wenn wir Beispiele verwenden, sind diese nicht abschließend.

In Ihrem Versicherungsschein haben wir die konkret vereinbarten Bedingungen aufgeführt.

Nicht versicherbare Personen

Dauernd Schwer- oder Schwerstpflegebedürftige im Sinne der sozialen Pflegeversicherung mit

- Pflegestufe 2 oder 3 (bis 2016) oder
- Pflegegrad 4 oder 5 (ab 2017)

sind nicht versicherbar und erhalten deshalb trotz eventueller Beitragszahlung keine Leistungen im Falle eines Unfalls.

Sobald die versicherte Person nicht mehr versicherbar ist, erlischt der Versicherungsschutz. Gleichzeitig endet die Unfallversicherung für die versicherte Person und zu viel bezahlte Versicherungsbeiträge werden erstattet.

Teil I

Allgemeine Unfallversicherungs-Bedingungen (AUB 2016)

Sie als Versicherungsnehmer sind unser Vertragspartner. Versicherte Person können Sie oder eine andere Person sein. Wir als Versicherer erbringen die vertraglich vereinbarten Leistungen.

Der Versicherungsumfang		2.1	Beratungsleistungen im Reha-Management:
1	Was ist versichert?	2.1.1	Voraussetzungen für alle Beratungsleistungen
1.1	Grundsatz Wir bieten den vereinbarten Versicherungsschutz bei Unfällen der versicherten Person.		Bei dem Unfall erlitt die versicherte Person nach fachärztlicher Einschätzung voraussichtlich eine dauernde Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit von mindestens 30 Prozent oder die versicherte Person erlitt eine der folgenden Verletzungen:
1.2	Geltungsbereich Versicherungsschutz besteht während der Wirksamkeit des Vertrages - weltweit und - rund um die Uhr.		- Querschnittslähmung nach Schädigung des Rückenmarks - Amputation mindestens des ganzen Fußes oder der ganzen Hand - Schädel-Hirn-Verletzung mit zweifelsfrei nachgewiesener Hirnprellung (Contusion) oder Hirnblutung, wenn ein unter diesen Vertrag fallendes Unfallereignis nach Ziffer 1.3 die überwiegende Ursache ist - Verbrennungen II. oder III. Grades von mehr als 30 Prozent der Körperoberfläche - Vollständige Erblindung auf einem Auge - Schwere Mehrfachverletzung (Polytrauma): - Fraktur an zwei langen Röhrenknochen (Ober-/Unterarm, Ober-/Unterschenkel) an zwei unterschiedlichen Gliedmaßenabschnitten oder - Gewebeerstörende Schäden an zwei inneren Organen oder - Kombination aus mindestens zwei der folgenden Verletzungen: - Fraktur eines langen Röhrenknochens - Fraktur des Beckens - Fraktur der Wirbelsäule - Gewebeerstörender Schaden eines inneren Organs
1.3	Unfallbegriff Ein Unfall liegt vor, wenn die versicherte Person durch - ein plötzlich von außen auf ihren Körper wirkendes Ereignis (Unfallereignis) - unfreiwillig eine Gesundheitsschädigung erleidet. Gesundheitsschädigungen durch Blitzschlag, Erfrierungen sowie der Erfrierungstod gelten ebenfalls als Unfall.		Die Voraussetzungen sind durch ein fachärztliches Attest nachzuweisen.
1.4	Erhöhte Kraftanstrengung Als Unfall gilt auch, wenn sich die versicherte Person durch eine Kraftanstrengung - ein Gelenk an Gliedmaßen oder der Wirbelsäule verrenkt. Beispiel: Die versicherte Person stützt einen schweren Gegenstand ab und verrenkt sich dabei das Ellenbogengelenk - Muskeln, Sehnen, Bänder oder Kapseln an Gliedmaßen oder der Wirbelsäule zerrt oder zerreißt. Meniskus und Bandscheiben sind weder Muskeln, Sehnen, Bänder noch Kapseln. Deshalb werden Sie von dieser Regelung nicht erfasst.	2.1.2	Art der Beratungsleistungen
1.5	Einschränkungen der Leistungspflicht Wir können für bestimmte Unfälle und Gesundheitsschädigungen keine oder nur eingeschränkt Leistungen erbringen. Bitte beachten Sie daher die Regelungen zur Mitwirkung von Krankheiten und Gebrechen (Ziffer 3), zu den nicht versicherbaren Personen (Ziffer 4) sowie zu den Ausschlüssen (Ziffer 5).	2.1.2.1	Medizinische Beratung Bei einer drohenden oder bereits eingetretenen Invalidität nach Ziffer 2.2.1.1 erfolgt eine persönliche Reha-Beratung, bei der mit dem Verletzten die derzeitige medizinische Rehabilitation abgestimmt wird. Unter Berücksichtigung der Versicherungssituation des Verletzten werden Möglichkeiten der Optimierung besprochen und gegebenenfalls unter Einbeziehung der Ärzte die Verlegung in eine geeignete Fachklinik zur Weiterbehandlung oder die anschließende Aufnahme in eine geeignete Rehabilitationsklinik vermittelt.
2	Welche Leistungsarten können vereinbart werden? Welche Fristen und sonstigen Voraussetzungen gelten für die einzelnen Leistungsarten? Im Folgenden beschreiben wir verschiedene Arten von Leistungen und deren Voraussetzungen. Es gelten immer nur die Leistungsarten und Versicherungssummen, die Sie mit uns vereinbart haben, und die in Ihrem Versicherungsschein und dessen Nachträgen genannt sind. Wenn wir eine Assistance-Leistung (Ziffer 2.1) erbringen, ist damit keine Anerkennung unserer Leistungspflicht für Geldleistungen (Ziffer 2.2) verbunden.	2.1.2.2	Pflegeberatung Ist die versicherte Person durch den Unfall in ihrer körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit derart beeinträchtigt, dass die Voraussetzungen einer Pflegestufe oder eines Pflegegrades nach dem Sozialgesetzbuch gegeben sind, wird schon während der Rehabilitationsmaßnahme mit den Ärzten die optimale Pflege zu Hause oder in einer geeigneten Einrichtung abgestimmt.

- 2.1.2.3 Wohnungsberatung**
Ist infolge des Unfalls die dauernde Nutzung der bisherigen ständigen Wohnung nicht mehr möglich, berät der Reha-Berater vor Ort über den behindertengerechten Umbau oder unterstützt bei der Suche eines behindertengerechten Objekts.
- 2.1.2.4 Mobilitätsberatung**
Zur Erhaltung der Mobilität erhält der Verletzte bei Bedarf eine Beratung über den behindertengerechten Umbau seines Kraftfahrzeuges. Auf Wunsch wird eine entsprechende Fachfirma vermittelt.
- 2.1.2.5 Hilfsmittelberatung**
Mit dem Verletzten, den Ärzten und Therapeuten wird ein Konzept zur Hilfsmittelversorgung entwickelt, das mit den zuständigen Kostenträgern abgestimmt wird.
- 2.1.3 Dauer der Beratungsleistungen**
Der Anspruch auf Reha-Management endet spätestens drei Jahre nach dem Unfall der versicherten Person.
- 2.1.4 Höhe der Leistung**
Wir übernehmen die Kosten für Beratungsleistungen im Reha-Management. Andere Kosten werden von uns nicht übernommen
- 2.2 Geldleistungen**
- 2.2.1 Invaliditätsleistung (sofern vereinbart)**
- 2.2.1.1 Voraussetzungen für die Leistung**
- 2.2.1.1.1 Invalidität**
Die versicherte Person hat eine Invalidität erlitten. Eine Invalidität liegt vor, wenn unfallbedingt
- die körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit
 - dauerhaft
- beeinträchtigt ist.
Dauerhaft ist eine Beeinträchtigung, wenn
- sie voraussichtlich länger als drei Jahre bestehen wird und
 - eine Änderung des Zustandes nicht zu erwarten ist.
- Beispiel:
Eine Beeinträchtigung ist nicht dauerhaft, wenn die versicherte Person einen Knochenbruch erleidet, der innerhalb eines Jahres folgenlos ausheilt.
- 2.2.1.1.2 Eintritt und ärztliche Feststellung der Invalidität**
Die Invalidität ist innerhalb von 18 Monaten nach dem Unfall
- eingetreten und
 - von einem Facharzt schriftlich festgestellt worden.
- Ist eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt, besteht kein Anspruch auf Invaliditätsleistung.
- 2.2.1.1.3 Geltendmachung der Invalidität**
Sie müssen die Invalidität innerhalb von 18 Monaten nach dem Unfall bei uns geltend machen. Geltend machen heißt: Sie teilen uns mit, dass Sie von einer Invalidität ausgehen.
Versäumen Sie diese Frist, ist der Anspruch auf Invaliditätsleistung ausgeschlossen.
Nur in besonderen Ausnahmefällen lässt es sich entschuldigen, wenn Sie die Frist versäumt haben.
Beispiel:
Sie haben durch den Unfall schwere Kopfverletzungen erlitten und waren deshalb nicht in der Lage, mit uns Kontakt aufzunehmen.
- 2.2.1.1.4 Keine Invaliditätsleistung bei Unfalltod im ersten Jahr**
Stirbt die versicherte Person unfallbedingt innerhalb eines Jahres nach dem Unfall, besteht kein Anspruch auf Invaliditätsleistung.
Wir zahlen in diesem Fall eine Todesfall-Leistung (Ziffer 2.2.5), sofern diese vereinbart ist.

- 2.2.1.2 Art und Höhe der Leistung**
- 2.2.1.2.1 Berechnung der Invaliditätsleistung**
Die Invaliditätsleistung erhalten Sie als Einmalzahlung. Grundlagen für die Berechnung der Leistung sind
- die vereinbarte Versicherungssumme und
 - der unfallbedingte Invaliditätsgrad.
- Beispiel:
Bei einer Versicherungssumme von 100.000 EUR und einem unfallbedingten Invaliditätsgrad von 20 % zahlen wir 20.000 EUR.
- 2.2.1.2.2 Bemessung des Invaliditätsgrads, Zeitraum für die Bemessung**
Der Invaliditätsgrad richtet sich
- nach der Gliedertaxe (Ziffer 2.2.1.2.2.1), sofern die betroffenen Körperteile oder Sinnesorgane dort genannt sind,
 - ansonsten danach, in welchem Umfang die normale körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit dauerhaft beeinträchtigt ist (Ziffer 2.2.1.2.2.2).
- Maßgeblich ist der unfallbedingte Gesundheitszustand, der spätestens am Ende des dritten Jahres nach dem Unfall erkennbar ist. Dies gilt sowohl für die erste als auch für spätere Bemessungen der Invalidität (Ziffer 9.2.4).
- 2.2.1.2.2.1 Gliedertaxe**
Bei Verlust oder völliger Funktionsunfähigkeit der folgenden Körperteile oder Sinnesorgane gelten ausschließlich die hier genannten Invaliditätsgrade:
- | | |
|--|-------------|
| Arm | 80 Prozent |
| Arm bis oberhalb des Ellenbogengelenks | 75 Prozent |
| Arm unterhalb des Ellenbogengelenks | 70 Prozent |
| Hand | 70 Prozent |
| Daumen | 28 Prozent |
| Zeigefinger | 20 Prozent |
| anderer Finger | 15 Prozent |
| Bein über der Mitte des Oberschenkels | 80 Prozent |
| Bein bis zur Mitte des Oberschenkels | 70 Prozent |
| Bein bis unterhalb des Knies | 60 Prozent |
| Bein bis zur Mitte des Unterschenkels | 55 Prozent |
| Fuß | 50 Prozent |
| große Zehe | 15 Prozent |
| andere Zehe | 8 Prozent |
| Auge | 50 Prozent |
| Gehör auf einem Ohr | 30 Prozent |
| Geruchssinn | 20 Prozent |
| Geschmackssinn | 15 Prozent |
| Stimme | 100 Prozent |
| Niere | 20 Prozent |
| Milz | 10 Prozent |
- Bei Teilverlust oder teilweiser Funktionsbeeinträchtigung gilt der entsprechende Teil der genannten Invaliditätsgrade.
Beispiel:
Ist ein Arm vollständig funktionsunfähig, ergibt das einen Invaliditätsgrad von 80 %. Ist er um ein Zehntel in seiner Funktion beeinträchtigt, ergibt das einen Invaliditätsgrad von 8 % (= ein Zehntel von 80 %).
- 2.2.1.2.2.2 Bemessung außerhalb der Gliedertaxe**
Für andere Körperteile oder Sinnesorgane richtet sich der Invaliditätsgrad danach, in welchem Umfang die normale körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit insgesamt dauerhaft beeinträchtigt ist. Maßstab ist eine durchschnittliche Person gleichen Alters und Geschlechts.
Die Bemessung erfolgt ausschließlich nach medizinischen Gesichtspunkten.

2.2.1.2.2.3 Minderung bei Vorinvalidität

Eine Vorinvalidität besteht, wenn betroffene Körperteile oder Sinnesorgane schon vor dem Unfall dauerhaft beeinträchtigt waren. Sie wird nach Ziffer 2.2.1.2.2.1 und Ziffer 2.2.1.2.2.2 bemessen.

Der Invaliditätsgrad mindert sich um diese Vorinvalidität.

Beispiel:

Ist ein Arm vollständig funktionsunfähig, beträgt der Invaliditätsgrad 70 %. War dieser Arm schon vor dem Unfall um ein Zehntel in seiner Funktion beeinträchtigt, beträgt die Vorinvalidität 7 % (= ein Zehntel von 70 %). Diese 7 % Vorinvalidität werden abgezogen. Es verbleibt ein unfallbedingter Invaliditätsgrad von 63 %.

2.2.1.2.2.4 Invaliditätsgrad bei Beeinträchtigung mehrerer Körperteile oder Sinnesorgane

Durch einen Unfall können mehrere Körperteile oder Sinnesorgane beeinträchtigt sein. Dann werden die Invaliditätsgrade, die nach den vorstehenden Bestimmungen ermittelt wurden, zusammengerechnet.

Mehr als 100 % werden jedoch nicht berücksichtigt.

Beispiel:

Durch einen Unfall ist ein Arm vollständig funktionsunfähig (70 %) und ein Bein zur Hälfte in seiner Funktion beeinträchtigt (35 %). Auch wenn die Addition der Invaliditätsgrade 105 % ergibt, ist die Invalidität auf 100 % begrenzt.

2.2.1.2.3 Invaliditätsleistung bei Tod der versicherten Person

Stirbt die versicherte Person vor der Bemessung der Invalidität, zahlen wir eine Invaliditätsleistung unter folgenden Voraussetzungen:

- Die versicherte Person ist nicht unfallbedingt innerhalb des ersten Jahres nach dem Unfall verstorben (Ziffer 2.2.1.1.4), und
- die sonstigen Voraussetzungen für die Invaliditätsleistung nach Ziffer 2.2.1.1 sind erfüllt.

Wir leisten nach dem Invaliditätsgrad, mit dem aufgrund der ärztlichen Befunde zu rechnen gewesen wäre.

2.2.2 Sofortleistung bei Schwerverletzungen

2.2.2.1 Voraussetzungen für die Leistung

2.2.2.1.1 Unmittelbare Schwerverletzung nach Unfallereignis

Die versicherte Person hat eine der folgenden Schwerverletzungen als unmittelbare Folge eines Unfalls erlitten. Unmittelbar bedeutet, die Gesundheitsschädigung ist als eine direkte Folge des Unfalls entstanden.

- Querschnittslähmung nach Schädigung des Rückenmarks
- Amputation mindestens des ganzen Fußes oder der ganzen Hand
- Schädel-Hirn-Verletzung mit zweifelsfrei nachgewiesener Hirnprellung (Contusion) oder Hirnblutung, wenn ein unter diesen Vertrag fallendes Unfallereignis nach Ziffer 1.3 die überwiegende Ursache ist
- Verbrennungen II. oder III. Grades von mehr als 30 Prozent der Körperoberfläche
- Vollständige Erblindung auf einem Auge
- Schwere Mehrfachverletzung (Polytrauma):
 - Fraktur an zwei langen Röhrenknochen (Ober-/Unterarm, Ober-/Unterschenkel) an zwei unterschiedlichen Gliedmaßenabschnitten oder
 - Gewebeerstörende Schäden an zwei inneren Organen oder

- Kombination aus mindestens zwei der folgenden Verletzungen:

- Fraktur eines langen Röhrenknochens
- Fraktur des Beckens
- Fraktur der Wirbelsäule
- Gewebeerstörender Schaden eines inneren Organs

2.2.2.1.2 Kein Unfalltod innerhalb von 72 Stunden

Die versicherte Person ist nicht nach dem Unfall

- innerhalb von 72 Stunden und
- infolge des Unfalles gestorben.

2.2.2.1.3 Geltendmachung der Sofortleistung

Sie müssen die Gesundheitsschädigung innerhalb von 15 Monaten nach dem Unfall bei uns durch einen objektiven, am Stand medizinischer Erkenntnisse orientierten, fachärztlichen Bericht geltend machen. Geltend machen heißt: Sie legen uns den fachärztlichen Bericht vor, aus dem die Schwerverletzungen zu entnehmen sind.

Versäumen Sie diese Frist, ist der Anspruch auf Sofortleistung ausgeschlossen. Nur in besonderen Ausnahmefällen lässt es sich entschuldigen, wenn Sie die Frist versäumt haben.

Beispiel:

Sie haben durch den Unfall schwere Kopfverletzungen erlitten und waren deshalb nicht in der Lage, mit uns Kontakt aufzunehmen.

2.2.2.2 Art und Höhe der Leistung

- Wir zahlen die Sofortleistung bei Schwerverletzungen
- in Höhe von 5.000 EUR als Einmalzahlung.
 - für die versicherte Person nur einmal, auch wenn für sie mehrere Unfallversicherungen bei der Württembergischen bestehen.

2.2.3 Todesfall-Leistung (sofern vereinbart)

2.2.3.1 Voraussetzungen für die Leistung

Die versicherte Person stirbt

- unfallbedingt innerhalb eines Jahres nach dem Unfall.
- im zweiten Jahr nach dem Unfall an den Unfallfolgen und wir bezahlen keine Invaliditätsleistung nach Ziffer 2.2.1.

Beachten Sie dann die Verhaltensregeln nach Ziffer 7.9.

2.2.3.2 Höhe der Leistung

Wir zahlen die Todesfall-Leistung in Höhe der vereinbarten Versicherungssumme.

2.2.4 Verbessertes Krankenhaustagegeld (sofern vereinbart)

2.2.4.1 Krankenhaustagegeld bei unfallbedingt vollstationärem Aufenthalt

2.2.4.1.1 Voraussetzungen für die Leistung

Die versicherte Person ist unfallbedingt in

- medizinisch notwendiger,
- vollstationärer Heilbehandlung.

Kuren sowie Aufenthalte in Sanatorien und Erholungsheimen gelten nicht als medizinisch notwendige Heilbehandlung.

2.2.4.1.2 Höhe und Dauer der Leistung

Wir zahlen das vereinbarte Krankenhaustagegeld

- für jeden Kalendertag der vollstationären Behandlung,
- längstens für 4 Jahre ab dem Tag des Unfalls,
- mindestens für drei Tage.

2.2.4.2 Genesungsgeld

2.2.4.2.1 Voraussetzungen für die Leistung

Die versicherte Person

- ist aus der vollstationären Behandlung entlassen worden und
- hatte Anspruch auf Krankenhaustagegeld nach Ziffer 2.2.6.1.1.

2.2.4.2.2 Höhe und Dauer der Leistung

Wir zahlen das vereinbarte Genesungsgeld

- für die gleiche Anzahl von Kalendertagen, für die wir Krankenhaustagegeld leisten,
- längstens für 100 Tage.

2.2.4.3 Krankenhaustagegeld bei Entfernung von eingebrachtem Operationsmaterial

Krankenhaustagegeld wird auch über das vierte Unfalljahr hinaus gezahlt, wenn der Krankenhausaufenthalt zur Entfernung von eingebrachtem Operationsmaterial erfolgt.

2.2.4.4 Krankenhaustagegeld bei Entfernung von eingebrachtem Operationsmaterial ambulanten chirurgischen Operationen

2.2.4.4.1 Voraussetzungen für die Leistung

Die versicherte Person unterzieht sich unfallbedingt

- innerhalb von 4 Jahren ab dem Tag des Unfalls
- einer ausschließlich wegen Unfallfolgen,
- medizinisch notwendigen,
- ambulanten chirurgischen Operation, welche
 - anstelle einer an sich üblichen, vollstationären Behandlung,
 - unter Narkose durchgeführt wird und
 - nicht einzig wegen Hautverletzungen erfolgt.

Sie müssen

- die zuvor genannten Voraussetzungen durch einen Facharztbericht schriftlich feststellen lassen.
- Ihren Anspruch spätestens einen Monat nach der Operation bei uns geltend machen. Geltend machen heißt: Sie senden uns einen fachärztlichen Bericht zu, welcher die Voraussetzungen bestätigt.

2.2.4.4.2 Höhe und Dauer der Leistung

Wir zahlen das vereinbarte Krankenhaustagegeld für 6 Tage.

2.2.5 Kosten für kosmetische Operationen

2.2.5.1 Voraussetzungen für die Leistung

Die versicherte Person hat sich einer kosmetischen Operation unterzogen, um eine unfallbedingte Beeinträchtigung des äußeren Erscheinungsbilds zu beheben.

Laserbehandlungen von Narben sind auch kosmetische Operationen, nicht jedoch Zahnbehandlung und Zahnersatz.

Die kosmetische Operation erfolgt

- durch einen Arzt,
- nach Abschluss der Heilbehandlung und
- bei Erwachsenen innerhalb von 4 Jahren nach dem Unfall, bei Minderjährigen vor Vollendung des 21. Lebensjahres.

Voraussetzung ist auch, dass ein Dritter (z. B. Krankenkasse, Haftpflichtversicherer) nicht zu einer Kostenerstattung verpflichtet ist oder seine Leistungspflicht bestreitet.

2.2.5.2 Art und Höhe der Leistung

Wir erstatten nachgewiesene und nicht von Dritten übernommene

- Arzthonorare und sonstige Operationskosten sowie
- notwendige Kosten für Unterbringung und Verpflegung in einem Krankenhaus,
- nur aus einem Versicherungsvertrag, falls für die versicherte Person mehrere Unfallversicherungen bei der Württembergischen bestehen,
- bis zur Höhe von 10.000 EUR.

2.2.6 Kosten für Such-, Bergungs- und Rettungseinsätze sowie für zusätzliche Übernachtungen und Rückkehr zum Wohnsitz

2.2.6.1 Kosten für Such- und Bergungs- und Rettungseinsätze

2.2.6.1.1 Voraussetzung für die Leistung

Der versicherten Person sind unfallbedingt Kosten für

- Such-, Bergungs- oder Rettungseinsätze von öffentlich- oder privatrechtlich organisierten Rettungsdiensten oder
- den ärztlich angeordneten Transport der verletzten Person zum Krankenhaus oder zur Spezialklinik entstanden.

Einem Unfall steht gleich, wenn ein solcher unmittelbar drohte oder nach den konkreten Umständen zu vermuten war.

Voraussetzung ist auch, dass ein Dritter (z. B. Krankenkasse, Haftpflichtversicherer) nicht zu einer Kostenerstattung verpflichtet ist oder seine Leistungspflicht bestreitet.

2.2.6.1.2 Art und Höhe der Leistung

Wir erstatten nachgewiesene und nicht von Dritten übernommene Kosten

- insgesamt bis zur Höhe von 15.000 EUR,
- insgesamt bis zur doppelten Höhe der Versicherungssumme bei Unfällen im Ausland,
- nur aus einem Versicherungsvertrag, falls für die versicherte Person mehrere Unfallversicherungen bei der Württembergischen bestehen.

Als Ausland gilt jedes Land außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, in dem die versicherte Person keinen ständigen Wohnsitz hat.

2.2.6.2 Zusätzliche Kosten für Übernachtungen und Rückkehr zum Wohnsitz

2.2.6.2.1 Voraussetzung für die Leistung

Der versicherten Person sind unfallbedingt Kosten für

- den ärztlich angeordneten oder
- nach der Verletzungsart unvermeidbaren Mehraufwand bei der Rückkehr zu ihrem ständigen Wohnsitz entstanden.

Die versicherte Person muss im unfallbedingten Todesfall zu ihrem letzten, ständigen Wohnsitz überführt werden.

Den mitreisenden Kindern, Eltern und dem mitreisenden Ehe- oder Lebenspartner sind zusätzliche Kosten für

- Übernachtungen oder
- Rückkehr zu ihrem ständigen Wohnsitz

wegen eines Unfalls der versicherten Person entstanden, welcher sich im Ausland ereignete. Als Ausland gilt jedes Land außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, in dem die versicherte Person keinen ständigen Wohnsitz hat.

Voraussetzung ist auch, dass ein Dritter (z. B. Krankenkasse, Haftpflichtversicherer) nicht zu einer Kostenerstattung verpflichtet ist oder seine Leistungspflicht bestreitet.

2.2.6.2.2 Art und Höhe der Leistung

Wir erstatten nachgewiesene und nicht von Dritten übernommene Kosten

- der versicherten Person
 - für die Rückkehr zu ihrem ständigen Wohnsitz oder
 - für die Überführung zum letzten ständigen Wohnsitz im Todesfall,
- der mitreisenden Kinder, der Eltern und des Ehe- oder Lebenspartners der versicherten Person
 - für die Rückkehr zu ihrem ständigen Wohnsitz oder
 - für die Unterbringung von bis zu 14 Tagen,
- insgesamt bis zur Höhe der vereinbarten Versicherungssumme,
- insgesamt bis zur doppelten Höhe der Versicherungssumme bei Unfällen im Ausland,
- nur aus einem Versicherungsvertrag, falls für die versicherte Person mehrere Unfallversicherungen bei der Württembergischen bestehen.

3. Was passiert, wenn Unfallfolgen mit Krankheiten oder Gebrechen zusammentreffen?

3.1 Krankheiten und Gebrechen

Wir leisten ausschließlich für Unfallfolgen. Dies sind Gesundheitsschädigungen und ihre Folgen, die durch das Unfallereignis verursacht wurden.

Wir leisten nicht für Krankheiten oder Gebrechen.

Beispiele:

Krankheiten sind z. B. Diabetes oder Gelenkserkrankungen; Gebrechen sind z. B. Fehlstellungen der Wirbelsäule, angeborene Sehnenverkürzung.

3.2 Mitwirkung

Treffen Unfallfolgen mit Krankheiten oder Gebrechen zusammen, gilt Folgendes:

Entsprechend dem Umfang, in dem Krankheiten oder Gebrechen an der Gesundheitsschädigung oder ihren Folgen mitgewirkt haben (Mitwirkungsanteil), mindert sich

- bei den Leistungsarten Invaliditätsleistung und Unfallrente der Prozentsatz des Invaliditätsgrads.
- bei der Todesfall-Leistung und, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, bei den anderen Leistungsarten die Leistung selbst.

Beispiel:

Nach einer Beinverletzung besteht ein Invaliditätsgrad von 10 %. Dabei hat eine Rheumaerkrankung zu 50 % mitgewirkt. Der unfallbedingte Invaliditätsgrad beträgt daher 5 %.

Wir nehmen keine Minderung vor, wenn

- der Mitwirkungsanteil weniger als 40 % beträgt.
- die Leistungsart Beratungsleistungen im Reha-Management betroffen ist.

4 Welche Personen sind nicht versicherbar?

4.1 Nicht versicherbare Personen

Wir können die versicherte Person nicht weiter versichern, wenn diese

- dauerhaft schwer- oder schwerstpflegebedürftig im Sinne der sozialen Pflegeversicherung ist und
- eine Pflegestufe 2 oder 3 oder
- ein Pflegegrad 4 oder 5

festgestellt wurde.

Ab 2017 werden in der Pflegeversicherung alle Pflegestufen in Pflegegrade umgestellt.

Die Nicht-Versicherbarkeit gilt auch, wenn Sie uns diesen Umstand nicht mitteilen und weiterhin Beiträge für Ihre Unfallversicherung entrichten.

Bei Pflegegrad 1, 2 oder 3 wird der Vertrag als Unfallversicherung ohne Hilfeleistungen und Familien-Management (sofern vereinbart) fortgeführt. Der Beitrag verringert sich entsprechend.

4.2 Folgen der Nichtversicherbarkeit, Vertragsende

Sie erhalten keine Leistung mehr aus Ihrer Unfallversicherung, sobald die versicherte Person nicht mehr versicherbar ist (Ziffer 4.1). Gleichzeitig endet die Versicherung für die versicherte Person.

4.3 Beitragerstattung

Wir zahlen den für nicht versicherbare Personen entrichteten Beitrag ab Eintritt der Versicherungsunfähigkeit zurück.

5 Was ist nicht versichert?

5.1 Ausgeschlossene Unfälle

Kein Versicherungsschutz besteht für folgende Unfälle:

5.1.1 Bewusstseinsstörungen durch Schlaganfälle, epileptische Anfälle oder andere Krampfanfälle

Unfälle der versicherten Person durch Bewusstseinsstörungen sowie durch Schlaganfälle, epileptische Anfälle oder andere Krampfanfälle, die den ganzen Körper der versicherten Person ergreifen.

Eine Bewusstseinsstörung liegt vor, wenn die versicherte Person in ihrer Aufnahme- und Reaktionsfähigkeit so beeinträchtigt ist, dass sie den Anforderungen der konkreten Gefahrenlage nicht mehr gewachsen ist.

Ursachen für die Bewusstseinsstörung können sein:

- eine gesundheitliche Beeinträchtigung,
- die Einnahme von Medikamenten,
- Alkoholkonsum,
- Konsum von Drogen oder sonstigen Mitteln, die das Bewusstsein beeinträchtigen.

Beispiele:

Die versicherte Person

- stürzt infolge einer Kreislaufstörung die Treppe hinunter.
- kommt unter Alkoholeinfluss mit dem Fahrzeug von der Straße ab.
- torkelt alkoholbedingt auf dem Heimweg von der Gaststätte und fällt in eine Baugrube.
- balanciert aufgrund Drogenkonsums auf einem Geländer und stürzt ab.

Ausnahme:

Die Bewusstseinsstörung oder der Anfall wurde durch ein Unfallereignis nach Ziffer 1.3 verursacht, für das nach diesem Vertrag Versicherungsschutz besteht. In diesen Fällen gilt der Ausschluss nicht.

Beispiel:

Die versicherte Person hatte während der Vertragslaufzeit einen Unfall mit einer Hirnschädigung. Ein neuer Unfall ereignet sich durch einen epileptischen Anfall, der auf die alte Hirnschädigung zurückzuführen ist. Wir zahlen für die Folgen des neuen Unfalls.

5.1.2 Straftaten

Unfälle, die der versicherten Person dadurch zustoßen, dass sie vorsätzlich eine Straftat ausführt oder versucht.

5.1.3 Kriegs- oder Bürgerkriegsereignisse

Unfälle, die unmittelbar oder mittelbar durch Kriegs- oder Bürgerkriegsereignisse verursacht sind.

Ausnahme:

Die versicherte Person wird auf Reisen im Ausland überraschend von Kriegs- oder Bürgerkriegsereignissen betroffen.

In diesem Fall gilt der Ausschluss nicht.

Der Versicherungsschutz erlischt dann am Ende des vierzehnten Tages nach Beginn eines Krieges oder Bürgerkrieges auf dem Gebiet des Staats, in dem sich die versicherte Person aufhält.

Diese Ausnahme gilt nicht

- bei Reisen in oder durch Staaten, auf deren Gebiet bereits Krieg oder Bürgerkrieg herrscht,
- für die aktive Teilnahme am Krieg oder Bürgerkrieg,
- für Unfälle durch atomare, biologische oder chemische Waffen.

In diesen Fällen gilt der Ausschluss.

5.1.4 Aktives Fliegen

Unfälle der versicherten Person

- als Führer eines Luftfahrzeugs oder Luftsportgeräts, soweit er nach deutschem Recht dafür eine Erlaubnis benötigt,

Beispiel:

Pilot, Gleitschirm- oder Drachenflieger

- als sonstiges Besatzungsmitglied eines Luftfahrzeugs

Beispiel:

Funker, Bordmechaniker, Flugbegleiter

- bei beruflichen Tätigkeiten, die mit Hilfe eines Luftfahrzeugs auszuüben sind.

Beispiel:

Luftfotograf, Sprühflüge zur Schädlingsbekämpfung.

5.1.5 Rennen mit Motorfahrzeugen

Unfälle der versicherten Person durch die Teilnahme an Rennen mit Motorfahrzeugen.

Teilnehmer ist jeder Fahrer, Beifahrer oder Insasse des Motorfahrzeugs.

Rennen sind solche Wettfahrten oder dazugehörige Übungsfahrten, bei denen es auf die Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten ankommt.

5.1.6 Kernenergie

Unfälle, die unmittelbar oder mittelbar durch Kernenergie verursacht sind.

5.2 Ausgeschlossene Gesundheitsschäden

Kein Versicherungsschutz besteht außerdem für folgende Gesundheitsschäden:

5.2.1 Bestimmte Gesundheitsschäden

Schäden an Bandscheiben sowie Blutungen aus inneren Organen und Gehirnblutungen.

Ausnahme:

- Ein Unfallereignis nach Ziffer 1.3 hat diese Gesundheitsschäden überwiegend (das heißt: zu mehr als 50 %) verursacht, und
- für dieses Unfallereignis besteht Versicherungsschutz nach diesem Vertrag.

In diesem Fall gilt der Ausschluss nicht.

5.2.2 Gesundheitsschäden durch Strahlen.

Ausnahme:

Die versicherte Person erleidet Gesundheitsschäden durch Laser- oder Maserstrahlen.

Diese Ausnahme gilt nicht, wenn die Gesundheitsschäden

- eine Folge regelmäßigen Umgangs mit Strahlen erzeugenden Apparaten oder
- eine Folge von Berufskrankheiten sind oder
- durch strahlendiagnostische oder therapeutische Heilmaßnahmen oder Eingriffe

am Körper der versicherten Person entstanden sind.

5.2.3 Gesundheitsschäden durch Heilmaßnahmen oder Eingriffe am Körper der versicherten Person.

Ausnahme:

- Die Heilmaßnahmen oder Eingriffe waren durch einen Unfall veranlasst, und
- für diesen Unfall besteht Versicherungsschutz nach diesem Vertrag.

In diesem Fall gilt der Ausschluss nicht.

Beispiel:

Die versicherte Person erleidet einen Unfall und lässt die Unfallverletzung ärztlich behandeln. Ein Behandlungsfehler führt dabei zu weiteren Schädigungen.

5.2.4 Infektionen.

Ausnahme:

Die versicherte Person infiziert sich

- mit Tollwut oder Wundstarrkrampf.
- mit anderen Krankheitserregern, die durch nicht nur geringfügige Unfallverletzungen in den Körper gelangten. Geringfügig sind Unfallverletzungen, die ohne die Infektion und ihre Folgen keiner ärztlichen Behandlung bedürfen.
- durch solche Heilmaßnahmen oder Eingriffe, für die ausnahmsweise Versicherungsschutz besteht (Ziffer 5.2.3).

In diesen Fällen gilt der Ausschluss nicht.

5.2.5 Vergiftungen

Vergiftungen infolge Einnahme fester oder flüssiger Stoffe durch den Schlund (Eingang der Speiseröhre).

Ausnahme:

Die versicherte Person hat zum Zeitpunkt des Unfalls das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet.

5.2.6 Krankhafte Störungen infolge psychischer Reaktionen

Krankhafte Störungen infolge psychischer Reaktionen, auch wenn diese durch einen Unfall verursacht wurden.

Beispiele:

- Posttraumatische Belastungsstörung nach Beinbruch durch einen Verkehrsunfall
- Angstzustände des Opfers einer Straftat

5.2.7 Bauch- oder Unterleibsbrüche.

Ausnahme:

- Sie sind durch eine gewaltsame, von außen kommende Einwirkung entstanden, und
- für die Einwirkung besteht Versicherungsschutz nach diesem Vertrag.

In diesem Fall gilt der Ausschluss nicht.

Der Leistungsfall

6 Was ist nach einem Unfall zu beachten (Fristen und Obliegenheiten)?

Die Fristen und sonstigen Voraussetzungen für die einzelnen Leistungsarten sind in Ziffer 2 geregelt. Beachten Sie insbesondere die folgenden Fristen:

- Invaliditätsleistung (Ziffer 2.2.1.2)
- Sofortleistung bei Schwerverletzungen (Ziffer 2.2.2.1.3)
- Krankenhaustagegeld bei ambulanten chirurgischen Operationen (Ziffer 2.2.4.4.1)

Wir beschreiben im Folgenden Verhaltensregeln (Obliegenheiten). Sie oder die versicherte Person müssen diese nach einem Unfall beachten, denn ohne Ihre Mithilfe können wir unsere Leistung nicht erbringen.

6.1 Nach einem Unfall, der voraussichtlich eine Leistungspflicht herbeiführt, müssen Sie oder die versicherte Person unverzüglich einen Arzt hinzuziehen, seine Anordnungen befolgen und uns unverzüglich unterrichten.

6.2 Sämtliche Angaben, um die wir Sie oder die versicherte Person bitten, müssen wahrheitsgemäß, vollständig und unverzüglich erteilt werden.

6.3 Vermitteln wir eine Leistung an Dienstleister, müssen Sie oder die versicherte Person auch diesen gegen-

über Auskünfte und Einverständniserklärungen im Zusammenhang mit zu erbringenden Assistance-Leistungen abgeben.

6.4 Sie und die versicherte Person sind damit einverstanden, dass wir im erforderlichen Umfang Daten an Dienstleister im Rahmen der Vertragsdurchführung übermitteln. Dazu gehören auch Angaben zum Gesundheitszustand und dem persönlichen Umfeld.

6.5 Wir beauftragen Ärzte, falls dies für die Prüfung unserer Leistungspflicht erforderlich ist. Von diesen Ärzten muss sich die versicherte Person untersuchen lassen. Wir tragen die notwendigen Kosten und den Verdienstaufschlag, der durch die Untersuchung entsteht.

6.6 Für die Prüfung unserer Leistungspflicht benötigen wir möglicherweise Auskünfte von

- Ärzten, die die versicherte Person vor oder nach dem Unfall behandelt oder untersucht haben.
- anderen Versicherern, Versicherungsträgern und Behörden.

Sie oder die versicherte Person müssen es uns ermöglichen, die erforderlichen Auskünfte zu erhalten.

Dazu kann die versicherte Person die Ärzte und die genannten Stellen ermächtigen, uns die Auskünfte direkt zu erteilen. Ansonsten kann die versicherte Person die Auskünfte selbst einholen und uns zur Verfügung stellen.

6.7 Sie oder die versicherte Person muss beim zuständigen Versicherungsträger unverzüglich ein Antrag auf Leistungen stellen, wenn sich nach einem Unfall eine Pflegebedürftigkeit im Sinne der sozialen oder privaten Pflegeversicherung ergibt. Sie sind verpflichtet, uns die Anerkennung oder Ablehnung einer Pflegestufe oder eines Pflegegrades unverzüglich zu melden.

6.8 Sie oder die versicherte Person müssen uns über den Gesundheitszustand der versicherten Person umfassend informieren, falls wir oder der beauftragte Dienstleister Sie bei Beginn unserer Assistance-Leistungen (Ziffer 2.1) darum bitten.

Während wir oder der beauftragte Dienstleister Assistance-Leistungen (Ziffer 2.1) erbringen, sind uns Änderungen des Gesundheitszustandes der versicherten Person unverzüglich mitzuteilen.

6.9 Wenn der Unfall zum Tod der versicherten Person führt:

Soweit zur Prüfung der Leistungspflicht erforderlich, ist uns das Recht zu verschaffen, eine Blutprobe und/oder eine Obduktion – durch einen von uns beauftragten Arzt – vornehmen zu lassen.

7 Welche Folgen haben das Nichteinhalten von Fristen und die Nichtbeachtung von Obliegenheiten?

7.1 Fristversäumnis

Ihr Leistungsanspruch entfällt, wenn die Fristen zur Geltendmachung von Leistungen nicht eingehalten werden. Es ist unerheblich, ob Sie dabei ein Verschulden trifft. Soweit Ausnahmen bestehen, sind diese in den Voraussetzungen für die Leistungen genannt.

7.2 Nichtbeachtung von Obliegenheiten

Wenn Sie oder die versicherte Person eine der in Ziffer 6 genannten Obliegenheiten vorsätzlich verletzen, verlieren Sie den Versicherungsschutz.

Bei grob fahrlässiger Verletzung einer Obliegenheit sind wir berechtigt, unsere Leistung in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen.

Beides gilt nur, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolgen hingewiesen haben.

Weisen Sie nach, dass Sie die Obliegenheit nicht grob fahrlässig verletzt haben, bleibt der Versicherungsschutz bestehen.

Der Versicherungsschutz bleibt auch bestehen, wenn Sie nachweisen, dass die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang der Leistung ursächlich war.

Das gilt für vorsätzliche und grob fahrlässige Obliegenheitsverletzungen, nicht aber, wenn Sie oder die versicherte Person die Obliegenheit arglistig verletzt haben.

8 Wann sind die Leistungen fällig?

Wir erbringen unsere Leistungen, nachdem wir die Erhebungen abgeschlossen haben, die zur Feststellung des Versicherungsfalles und des Umfangs unserer Leistungspflicht notwendig sind. Dazu gilt Folgendes:

8.1 Assistance-Leistungen (Ziffer 2.1)

8.1.1 Erklärung über die Leistungspflicht

Sobald wir den individuellen Bedarf der versicherten Person an Leistungen im Reha-Management feststellen konnten, erklären wir unverzüglich, wann wir welche Leistungen erbringen werden.

8.2 Geldleistungen (Ziffer 2.2)

8.2.1 Erklärung über die Leistungspflicht

Wir sind verpflichtet, innerhalb eines Monats in Textform zu erklären, ob und in welchem Umfang wir unsere Leistungspflicht anerkennen. Abweichend hiervon beträgt die Frist bei Invaliditätsleistung und Unfallrente 3 Monate.

Die Fristen beginnen, sobald uns folgende Unterlagen zugehen:

- Nachweis des Unfallhergangs und der Unfallfolgen.
- Bei Invaliditätsleistung und Unfallrente zusätzlich der Nachweis über den Abschluss des Heilverfahrens, soweit dies für die Bemessung des Invaliditätsgrads notwendig ist.

Beachten Sie dabei auch die Verhaltensregeln nach Ziffer 6.

Wir übernehmen die ärztlichen Gebühren, die Ihnen zur Begründung des Leistungsanspruchs entstehen.

Sonstige Kosten übernehmen wir nicht.

8.2.2 Fälligkeit der Leistung

Wenn wir den Anspruch anerkennen oder uns mit Ihnen über Grund und Höhe geeinigt haben, leisten wir innerhalb von zwei Wochen.

8.2.3 Vorschüsse

Wir zahlen – auf Ihren Wunsch – angemessene Vorschüsse, wenn die Leistungspflicht zunächst nur dem Grunde nach feststeht.

Beispiel:

Es steht fest, dass Sie von uns eine Invaliditätsleistung erhalten. Allerdings ist die Höhe der Leistung noch nicht bestimmbar.

Vor Abschluss des Heilverfahrens kann eine Invaliditätsleistung innerhalb eines Jahres nach dem Unfall nur bis zur Höhe einer vereinbarten Todesfallsumme beansprucht werden.

8.2.4 Neubemessung des Invaliditätsgrades

Nach der Bemessung des Invaliditätsgrades können sich Veränderungen des Gesundheitszustandes ergeben.

Sie und wir sind berechtigt, den Grad der Invalidität jährlich erneut ärztlich bemessen zu lassen.

Dieses Recht steht Ihnen und uns längstens bis zu 3 Jahren nach dem Unfall zu. Bei Kindern bis zur Voll-

endung des 14. Lebensjahres verlängert sich diese Frist von 3 auf 5 Jahre.

- Wenn wir eine Neubemessung wünschen, teilen wir Ihnen dies zusammen mit der Erklärung über unsere Leistungspflicht mit.
- Wenn Sie eine Neubemessung wünschen, müssen Sie uns dies 3 Monate vor Ablauf der Frist mitteilen.

Ergibt die endgültige Bemessung eine höhere Invaliditätsleistung, als wir bereits gezahlt haben, ist der Mehrbetrag mit 5 Prozent jährlich zu verzinsen.

Die Versicherungsdauer

9 Wann beginnt und wann endet der Vertrag?

9.1 Beginn des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt. Voraussetzung für den Versicherungsschutz ist, dass Sie den ersten oder den einmaligen Beitrag unverzüglich nach Ablauf von 14 Tagen nach Zugang des Versicherungsscheins zahlen.

9.2 Dauer und Ende des Vertrages

9.2.1 Vertragsdauer

Der Vertrag ist für die im Versicherungsschein angegebene Zeit abgeschlossen.

9.2.2 Stillschweigende Verlängerung

Bei einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr, wenn der Vertrag nicht gekündigt wird. Sie als auch wir können in Textform kündigen. Die Kündigung muss Ihnen oder uns spätestens 3 Monate vor dem Ablauf der Vertragszeit zugehen.

9.2.3 Vertragsbeendigung

Bei einer Vertragsdauer von weniger als einem Jahr endet der Vertrag zum vorgesehenen Zeitpunkt, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Bei einer Vertragsdauer von 3 oder mehr Jahren können Sie den Vertrag schon zum Ablauf des dritten Jahres oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Ihre Kündigung muss uns spätestens 3 Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres zugehen.

9.3 Kündigung nach Versicherungsfall

Sie oder wir können den Vertrag in Textform kündigen, wenn wir eine Leistung erbracht haben oder wenn Sie gegen uns Klage auf eine Leistung erhoben haben.

Die Kündigung muss Ihnen oder uns spätestens einen Monat nach Leistung oder Beendigung des Rechtsstreits zugegangen sein.

Wenn Sie kündigen, wird Ihre Kündigung wirksam, sobald sie uns zugeht. Sie können jedoch bestimmen, dass die Kündigung zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird; spätestens jedoch am Ende des Versicherungsjahres. Unsere Kündigung wird einen Monat, nachdem Sie sie erhalten haben, wirksam.

9.4 Versicherungsjahr

Das Versicherungsjahr dauert 12 Monate.

Ausnahme:

Besteht die vereinbarte Vertragsdauer nicht aus ganzen Jahren, wird das erste Versicherungsjahr entsprechend verkürzt. Die folgenden Versicherungsjahre bis zum vereinbarten Vertragsablauf sind jeweils ganze Jahre.

Beispiel:

Bei einer Vertragsdauer von 15 Monaten beträgt das erste Versicherungsjahr 3 Monate, das folgende Versicherungsjahr 12 Monate.

Der Versicherungsbeitrag

10 Was müssen Sie bei der Beitragszahlung beachten? Was geschieht, wenn Sie einen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen?

10.1 Beitrag und Versicherungsteuer

10.1.1 Beitragszahlung

Die Beiträge können Sie je nach Vereinbarung monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich bezahlen. Danach bestimmt sich die Dauer der Versicherungsperiode. Sie beträgt bei

- Monatsbeiträgen einen Monat,
- Vierteljahresbeiträgen ein Vierteljahr,
- bei Halbjahresbeiträgen ein Halbjahr und
- bei Jahresbeiträgen ein Jahr

10.1.2 Versicherungsteuer

Der in Rechnung gestellte Beitrag enthält die Versicherungsteuer. Diese haben Sie in der jeweils vom Gesetz bestimmten Höhe zu zahlen.

10.2 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung – Erster Beitrag

10.2.1 Fälligkeit der Zahlung

Wenn Sie den Versicherungsschein von uns erhalten, müssen Sie den ersten oder einmaligen Beitrag unverzüglich nach Ablauf von 14 Tagen bezahlen.

10.2.2 Späterer Beginn des Versicherungsschutzes

Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag zu einem späteren Zeitpunkt bezahlen, beginnt der Versicherungsschutz erst ab diesem späteren Zeitpunkt. Darauf müssen wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform oder durch einen auffälligen Hinweis im Versicherungsschein aufmerksam gemacht haben.

Wenn Sie uns nachweisen, dass Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben, beginnt der Versicherungsschutz zum vereinbarten Zeitpunkt.

10.2.3 Rücktritt

Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig bezahlen, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange der Beitrag nicht bezahlt ist. Wir können nicht zurücktreten, wenn Sie nachweisen, dass Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben.

10.3 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung – Folgebeitrag

10.3.1 Fälligkeit der Zahlung

Die Folgebeiträge werden zu dem jeweils vereinbarten Zeitpunkt fällig.

10.3.2 Verzug

Wenn Sie einen Folgebeitrag nicht rechtzeitig bezahlen, geraten Sie in Verzug, auch ohne dass Sie eine Mahnung von uns erhalten haben.

Dies gilt nicht, wenn Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben.

Bei Verzug sind wir berechtigt, Ersatz für den Schaden zu verlangen, der uns durch den Verzug entstanden ist (Ziffer 10.3.3).

10.3.3 Zahlungsfrist

Wenn Sie einen Folgebeitrag nicht rechtzeitig bezahlen, können wir Ihnen auf Ihre Kosten in Textform eine Zahlungsfrist setzen. Die Zahlungsfrist muss mindestens 2 Wochen betragen.

Unsere Zahlungsaufforderung ist nur wirksam, wenn sie folgende Informationen enthält:

- Die ausstehenden Beträge, die Zinsen und die Kosten müssen im Einzelnen beziffert sein und
- die Rechtsfolgen müssen angegeben sein, die nach Ziffer 10.3.4 mit der Fristüberschreitung verbunden sind.

10.3.4 Verlust des Versicherungsschutzes und Kündigung

Wenn Sie nach Ablauf der Zahlungsfrist den angemahnten Betrag nicht bezahlt haben,

- besteht ab diesem Zeitpunkt bis zur Zahlung kein Versicherungsschutz.
- können wir den Vertrag kündigen, ohne eine Frist einzuhalten.

Wenn Sie nach unserer Kündigung innerhalb eines Monats den angemahnten Betrag bezahlen, besteht der Vertrag fort. Für Versicherungsfälle zwischen dem Ablauf der Zahlungsfrist und Ihrer Zahlung besteht kein Versicherungsschutz

10.4 Rechtzeitigkeit der Zahlung bei SEPA-Lastschriftmandat

Wenn wir die Einziehung des Beitrags von einem Konto vereinbart haben, gilt die Zahlung als rechtzeitig, wenn der Beitrag zu dem Fälligkeitstag eingezogen werden kann und Sie der Einziehung nicht widersprechen.

Die Zahlung gilt auch als rechtzeitig, wenn der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden nicht eingezogen werden kann und Sie nach einer Aufforderung in Textform unverzüglich zahlen.

Wenn Sie es zu vertreten haben, dass der fällige Beitrag nicht eingezogen werden kann, sind wir berechtigt, künftig eine andere Zahlungsweise zu verlangen.

Sie müssen allerdings erst dann zahlen, wenn wir Sie hierzu in Textform aufgefordert haben.

10.5 Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung

Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags haben wir nur Anspruch auf den Teil des Beitrags, der dem Zeitraum des Versicherungsschutzes entspricht.

Weitere Bestimmungen

12 Wie sind die Rechtsverhältnisse der am Vertrag beteiligten Personen zueinander?

12.1 Fremdversicherung

Die Ausübung der Rechte aus diesem Vertrag steht ausschließlich Ihnen als Versicherungsnehmer zu. Das gilt auch, wenn die Versicherung gegen Unfälle abgeschlossen ist, die einem anderen zustoßen (Fremdversicherung).

Wir zahlen Leistungen aus dem Versicherungsvertrag auch dann an Sie aus, wenn der Unfall nicht Ihnen, sondern einer anderen versicherten Person zugestoßen ist.

Sie sind neben der versicherten Person für die Erfüllung der Obliegenheiten verantwortlich.

12.2 Rechtsnachfolger und sonstige Anspruchsteller

Alle für Sie geltenden Bestimmungen sind auf Ihren Rechtsnachfolger und sonstige Anspruchsteller entsprechend anzuwenden.

12.3 Übertragung und Verpfändung von Ansprüchen

Die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag können vor Fälligkeit ohne unsere Zustimmung weder übertragen noch verpfändet werden.

13 Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht?

13.1 Vorvertragliche Anzeigepflicht

Sie sind bis zur Abgabe Ihrer Vertragserklärung verpflichtet, alle Ihnen bekannten gefahrerheblichen Umstände, nach denen wir in Textform gefragt haben, wahrheitsgemäß und vollständig anzuzeigen. Gefahrerheblich sind die Umstände, die für unsere Entscheidung, den Vertrag überhaupt oder mit dem vereinbarten Inhalt zu schließen, erheblich sind.

Diese Anzeigepflicht gilt auch für Fragen nach gefahrerheblichen Umständen, die wir

- nach Ihrer Vertragserklärung,
 - aber noch vor Vertragsannahme
- in Textform stellen.

Soll eine andere Person als Sie selbst versichert werden, ist auch diese – neben Ihnen – zu wahrheitsgemäßer und vollständiger Beantwortung der Fragen verpflichtet.

Wenn eine andere Person die Fragen nach gefahrerheblichen Umständen für Sie beantwortet und wenn diese Person den gefahrerheblichen Umstand kennt oder arglistig handelt, werden Sie so behandelt, als hätten Sie selbst davon Kenntnis gehabt oder arglistig gehandelt.

13.2 Mögliche Folgen einer Anzeigepflichtverletzung

Eine Verletzung der Anzeigepflicht kann erhebliche Auswirkungen auf Ihren Versicherungsschutz haben. Wir können in einem solchen Fall

- vom Vertrag zurücktreten,
- den Vertrag kündigen,
- den Vertrag ändern oder
- den Vertrag wegen arglistiger Täuschung anfechten.

13.2.1 Rücktritt

Wird die vorvertragliche Anzeigepflicht verletzt, können wir vom Vertrag zurücktreten.

Kein Rücktrittsrecht besteht, wenn

- weder eine vorsätzliche,
- noch eine grob fahrlässige

Anzeigepflichtverletzung vorliegt.

Auch wenn die Anzeigepflicht grob fahrlässig verletzt wird, haben wir trotzdem kein Rücktrittsrecht, wenn wir den Vertrag – möglicherweise zu anderen Bedingungen (z. B. höherer Beitrag oder eingeschränkter Versicherungsschutz) – auch bei Kenntnis der nicht angezeigten gefahrerheblichen Umstände geschlossen hätten.

Im Fall des Rücktritts haben Sie keinen Versicherungsschutz.

Wenn wir nach Eintritt des Versicherungsfalls zurücktreten, bleibt unsere Leistungspflicht unter folgender Voraussetzung bestehen:

Die Verletzung der Anzeigepflicht bezieht sich auf einen gefahrerheblichen Umstand, der

- weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalls,
- noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht

ursächlich war.

Wird die Anzeigepflicht arglistig verletzt, entfällt unsere Leistungspflicht.

13.2.2 Kündigung

Wenn unser Rücktrittsrecht ausgeschlossen ist, weil die Verletzung der Anzeigepflicht weder vorsätzlich noch grob fahrlässig erfolgte, können wir den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen.

Unser Kündigungsrecht ist ausgeschlossen, wenn wir den Vertrag – möglicherweise zu anderen Bedingungen (z. B. höherer Beitrag oder eingeschränkter Versicherungsschutz) – auch bei Kenntnis der nicht angezeigten gefahrerheblichen Umstände geschlossen hätten.

<p>13.2.3</p>	<p>Vertragsänderung</p> <p>Können wir nicht zurücktreten oder kündigen, weil wir den Vertrag – möglicherweise zu anderen Bedingungen (z. B. höherer Beitrag oder eingeschränkter Versicherungsschutz) – auch bei Kenntnis der nicht angezeigten gefahrerheblichen Umstände geschlossen hätten, werden die anderen Bedingungen auf unser Verlangen hin rückwirkend Vertragsbestandteil.</p> <p>Haben Sie die Anzeigepflichtverletzung nicht zu vertreten, werden die anderen Bedingungen erst ab der laufenden Versicherungsperiode (Ziffer 10.1.1) Vertragsbestandteil.</p> <p>Sie können den Vertrag innerhalb eines Monats, nachdem Sie unsere Mitteilung erhalten haben, in Textform fristlos kündigen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - wir im Rahmen einer Vertragsänderung den Beitrag um mehr als 10 % erhöhen oder - wir die Gefahrabsicherung für einen nicht angezeigten Umstand ausschließen. <p>Auf dieses Recht werden wir Sie in der Mitteilung über die Vertragsänderung hinweisen.</p>	<p>15</p>	<p>Welches Gericht ist zuständig?</p> <p>15.1 Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen uns sind folgende Gerichte zuständig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Gericht am Sitz unseres Unternehmens oder unserer Niederlassung, die für Ihren Vertrag zuständig ist. - Das Gericht Ihres Wohnorts oder, wenn Sie keinen festen Wohnsitz haben, am Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthalts. <p>15.2 Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen Sie ist das Gericht Ihres Wohnorts oder, wenn Sie keinen festen Wohnsitz haben, das Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthalts zuständig.</p> <p>15.3 Wenn Sie nach Vertragsabschluss Ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in das Ausland verlegen, können Klagen nur bei dem für unseren Sitz zuständigen Gericht erhoben werden.</p>
<p>13.3</p>	<p>Voraussetzungen für die Ausübung unserer Rechte</p> <p>Unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung stehen uns nur zu, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen haben.</p> <p>Wir haben kein Recht zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung, wenn wir den nicht angezeigten Umstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannten.</p> <p>Wir können unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung nur innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht, die das von uns geltend gemachte Recht begründet, Kenntnis erlangen.</p> <p>Bei Ausübung unserer Rechte müssen wir die Umstände angeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Zur Begründung können wir nachträglich weitere Umstände angeben, wenn für diese die Monatsfrist noch nicht verstrichen ist.</p> <p>Nach Ablauf von fünf Jahren seit Vertragsschluss erlöschen unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung. Ist der Versicherungsfall vor Ablauf dieser Frist eingetreten, können wir die Rechte auch nach Ablauf der Frist geltend machen.</p> <p>Ist die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt worden, beträgt die Frist zehn Jahre.</p>	<p>16</p>	<p>Was ist bei Mitteilungen an uns zu beachten? Was gilt bei Änderungen Ihrer Anschrift?</p> <p>16.1 Anzeigen oder Erklärungen sollen an folgende Stellen gerichtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - An unsere Hauptverwaltung oder - an die Geschäftsstelle, die für Sie zuständig ist. Welche Geschäftsstelle dies ist, ergibt sich aus Ihrem Versicherungsschein oder aus dessen Nachträgen. <p>16.2 Änderungen Ihrer Anschrift müssen Sie uns mitteilen. Wenn Sie dies nicht tun und wir Ihnen gegenüber eine rechtliche Erklärung abgeben wollen, gilt Folgendes:</p> <p>Die Erklärung gilt drei Tage nach der Absendung als zugegangen, wenn wir sie per Einschreiben an Ihre letzte uns bekannte Anschrift geschickt haben.</p> <p>Das gilt auch, wenn Sie uns eine Änderung Ihres Namens nicht mitteilen.</p>
<p>13.4</p>	<p>Anfechtung</p> <p>Wir können den Vertrag auch anfechten, falls unsere Entscheidung zur Annahme des Vertrags durch unrichtige oder unvollständige Angaben bewusst und gewollt beeinflusst worden ist.</p> <p>Im Fall der Anfechtung steht uns der Teil des Beitrags zu, der der bis zum Wirksamwerden der Anfechtungserklärung abgelaufenen Vertragszeit entspricht.</p>	<p>17</p>	<p>Wie und unter welchen Voraussetzungen können Bedingungen angepasst werden?</p> <p>17.1 Wir sind berechtigt bei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Änderung bestehender oder Inkrafttreten neuer Rechtsvorschriften, die sich unmittelbar auf einzelne Bestimmungen des Versicherungsvertrages auswirken, - den Versicherungsvertrag betreffenden Änderungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung, - rechtskräftiger Feststellung der Unwirksamkeit einzelner Bedingungen durch ein Gericht, - Beanstandung einzelner Bedingungen als mit geltendem Recht nicht vereinbar durch die Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde im Wege eines bestandskräftigen Verwaltungsaktes oder - Verstoß einzelner Bedingungen gegen Leitlinien oder Rundschreiben der Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde <p>die betroffenen Bedingungen zu ändern, zu ergänzen oder zu ersetzen (Anpassung).</p>
<p>13.5</p>	<p>Erweiterung des Versicherungsschutzes</p> <p>Die Absätze 13.1 bis 13.4 gelten entsprechend, wenn der Versicherungsschutz nachträglich erweitert wird und deshalb eine erneute Risikoprüfung erforderlich ist.</p>	<p>17.2</p>	<p>Welche Regelungen können angepasst werden?</p> <p>Die Anpassung kommt nur in Betracht für Bedingungen über Gegenstand und Umfang der Versicherung, Ausschlüsse, Ihre Obliegenheiten nach Vertragsschluss, Beitragsanpassung, Vertragsdauer und Kündigung.</p>
<p>14</p>	<p>Wann verjähren die Ansprüche aus dem Vertrag?</p>	<p>17.3</p>	<p>Wann ist eine Anpassung zulässig?</p> <p>Die Anpassung ist nur zulässig, wenn durch die genannten Änderungsanlässe das bei Vertragsschluss zugrunde gelegte Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung in nicht unbedeutendem Maße gestört ist. In den Fällen der Unwirksamkeit und der Beanstandung einzelner Bedingungen ist die Anpassung darüber hinaus nur dann zulässig, wenn die gesetzlichen Vorschriften keine Regelungen enthalten, die an Stelle der unwirksamen oder beanstandeten Bedingungen treten.</p>
<p>14.1</p>	<p>Die Ansprüche aus der Unfallversicherung verjähren in drei Jahren. Die Fristberechnung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.</p>		
<p>14.2</p>	<p>Ist ein Anspruch aus dem Versicherungsvertrag bei uns angemeldet worden, ist die Verjährung von der Anmeldung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem Ihnen unsere Entscheidung in Textform zugeht.</p>		

Unsere Anpassungsbefugnis besteht unter den oben genannten Voraussetzungen für im Wesentlichen inhaltsgleiche Bedingungen, wenn sich die gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen gegen Bedingungen anderer Versicherer richten.

17.4 Wie wird die Anpassung durchgeführt?

Durch die Anpassung darf das bei Vertragsschluss zugrunde gelegte Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bei Gesamtbetrachtung nicht zu Ihrem Nachteil geändert werden (Verschlechterungsverbot). Die Anpassung muss nach den Grundsätzen einer ergänzenden Vertragsauslegung unter Wahrung der beiderseitigen Interessen erfolgen.

17.5 Wer überprüft die Anpassung?

Die Zulässigkeit und Angemessenheit der Anpassung muss von einem unabhängigen Treuhänder überprüft und bestätigt werden. Die Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes für die Bestellung eines Treuhänders gelten entsprechend.

17.6

Wie informieren wir Sie über eine Anpassung?

Wir werden Ihnen die angepassten Bedingungen schriftlich mitteilen und erläutern. Die angepassten Bedingungen gelten als genehmigt, wenn Sie nicht innerhalb von 6 Wochen nach der Mitteilung widersprechen. Hierauf werden wir Sie in der Mitteilung ausdrücklich hinweisen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung Ihres Widerspruchs.

17.7

Unser Kündigungsrecht bei Ihrem Widerspruch

Wenn Sie fristgemäß widersprechen, tritt die Anpassung nicht in Kraft. Wir können innerhalb von vier Wochen nach Zugang des Widerspruchs den Versicherungsvertrag mit einer Frist von acht Wochen zum Ende eines jeden Monats kündigen, wenn für uns das Festhalten an dem Vertrag ohne die Anpassung unzumutbar ist.

18

Welches Recht findet Anwendung?

Für diesen Vertrag gilt deutsches Recht.

Teil II

Zusatzbedingungen

Diese Zusatzbedingungen ergänzen die Allgemeinen Unfallversicherungs-Bedingungen (AUB 2016), sie gelten generell.

Zusatzbedingungen für das Fluggastrisiko (ZB Fluggastrisiko 2016)

Wir bieten Versicherungsschutz für die im Rahmen der AUB 2016 versicherten Luftfahrtgefahren mit den vereinbarten Versicherungssummen, jedoch je versicherte Person höchstens:

2.000.000 EUR	Invaliditätsleistung bei Vollinvalidität
3.750 EUR	Unfall-Rente/verbesserte Unfall-Rente
50.000 EUR	Verbesserte Übergangsleistung
1.000.000 EUR	Todesfall-Leistung
250 EUR	Verbessertes Krankenhaustagegeld
250 EUR	Tagegeld
10.000 EUR	Bergungskosten

Benutzen mehrere durch diesen Vertrag versicherten Personen dasselbe Luftfahrzeug und überschreiten die Versicherungssummen für diese Personen insgesamt die Versicherungssummen von

10.000.000 EUR	Invaliditätsleistung bei Vollinvalidität
37.500 EUR	Unfall-Rente/verbesserte Unfall-Rente
500.000 EUR	Verbesserte Übergangsleistung
10.000.000 EUR	Todesfall-Leistung
2.500 EUR	Verbessertes Krankenhaustagegeld
2.500 EUR	Tagegeld
100.000 EUR	Bergungskosten

so gelten diese Versicherungssummen als gemeinsame Höchstversicherungssummen für alle Versicherten, die sich in demselben Luftfahrzeug befinden. Die für die Einzelpersonen vereinbarten Versicherungssummen reduzieren sich entsprechend.

Zusatzbedingungen für die Gruppen-Unfallversicherung (ZB GruppenUV 2016)

Sie können die Gruppen-Unfallversicherung mit oder ohne Angabe der Namen der versicherten Personen abschließen. Die vereinbarte Form ergibt sich aus dem Vertrag.

1 Was gilt für die Versicherungen ohne Namensangabe?

- 1.1 Versicherungsschutz besteht für die Personen, die der im Vertrag bezeichneten Gruppe angehören.
- 1.2 Sie müssen die zu versichernden Personen so bezeichnen und erfassen, dass deren Zugehörigkeit zu dem versicherten Personenkreis eindeutig feststeht.
- 1.3 Wir werden Sie regelmäßig auffordern, die Anzahl der im zurückliegenden Zeitabschnitt versicherten Personen anzugeben. Diese Angabe müssen Sie uns innerhalb eines Monats nach unserer Aufforderung machen.

Inhalt der Angabe:

- Aufteilung nach Monaten,
- Angabe des jeweils höchsten Stands eines Monats,
- Angaben für jede versicherte Gruppe getrennt, falls mehrere Gruppen versichert sind.

Eine Durchschnittsberechnung ist nicht zulässig.

- 1.4 Aufgrund Ihrer Angaben errechnen wir den zu zahlenden Beitrag für den zurückliegenden Zeitabschnitt. Sie erhalten eine Beitragsabrechnung.

2 Was gilt für Versicherungen mit Namensangabe?

- 2.1 Versicherungsschutz besteht für die namentlich genannten Personen.
- 2.2 Für noch nicht versicherte Personen gilt Folgendes:

Sie können jederzeit Personen bei uns anmelden, deren Beruf, Beschäftigung und Versicherungssummen die gleichen sind wie die der bereits versicherten Personen.

Der Versicherungsschutz für die hinzukommenden Personen beginnt frühestens mit Eingang Ihrer Anmeldung bei uns.

- 2.3 Personen in anderen Berufen oder mit anderer Beschäftigung oder mit anderen Versicherungssummen sind erst versichert, nachdem Sie sich mit uns über den Versicherungsschutz geeinigt haben.

- 2.4 Wir haben das Recht, nach Risikoprüfung den Einschluss des Einzelnen in den Vertrag abzulehnen. Lehnen wir ab, erlischt der Versicherungsschutz für diese Person einen Monat nach Abgabe unserer Erklärung.

3 Wann endet der Versicherungsschutz für die einzelne versicherte Person? Wann endet der Vertrag?

Ergänzend zu Ziffer 9 AUB 2016 gilt:

- 3.1 Der Versicherungsschutz einer versicherten Person erlischt,
 - wenn sie aus dem mit Ihnen bestehenden Dienstverhältnis oder aus der Vereinigung ausscheidet oder
 - wenn sie einen neuen Beruf oder eine neue Beschäftigung aufnimmt, für die vereinbarungsgemäß keine Unfallversicherung vorgesehen ist.
- 3.2 Sie oder wir können den Versicherungsschutz einer versicherten Person durch Mitteilung in Textform Ihnen gegenüber beenden, wenn wir für diese eine Leistung erbracht haben, oder wenn wegen dieser Leistung gegen uns Klage erhoben wurde.
Die Mitteilung muss Ihnen oder uns spätestens einen Monat nach Leistung oder Beendigung des Rechtsstreits zugegangen sein.
Der Versicherungsschutz für die einzelne Person endet einen Monat, nachdem Sie oder wir die Mitteilung erhalten haben.
- 3.3 Der Versicherungsvertrag endet, wenn der Betrieb eingestellt oder die Vereinigung aufgelöst wird. Ein Betriebsübergang ist keine Einstellung des Betriebs.

Zusatzbedingungen zur Leistungsbegrenzung (ZB Leistungsbegrenzung 2016)

Werden mehrere durch diesen Vertrag versicherte Personen gemeinsam von einem Unfallereignis betroffen und übersteigt unsere Leistungspflicht den Betrag von insgesamt 10.000.000 EUR ist unsere Gesamtleistung auf diesen Betrag begrenzt. Die auf den Einzelnen entfallenden Leistungen reduzieren sich entsprechend.

Die Zusatzbedingungen für das Fluggastrisiko (ZB Fluggastrisiko 2016) bleiben unberührt.

Besondere Bedingungen für die Gruppen-Unfallversicherung mit Direktanspruch der versicherten Personen

Sie haben mit uns eine Unfallversicherung gegen Unfälle, die einem anderen zustoßen (Fremdversicherung) abgeschlossen.

Abweichend von den Allgemeinen Unfallversicherungs-Bedingungen gilt folgendes:

1. Die versicherte Person kann Leistungen aus der Unfallversicherung ohne Ihre Zustimmung unmittelbar bei uns geltend machen. Wir leisten direkt an die versicherte Person.
2. Sie als Versicherungsnehmer informieren jede versicherte Person über den im Rahmen dieses Vertrages bestehenden Versicherungsschutz und über diese Vereinbarung.

Besondere Bedingungen für den Einschluss von Infektionen durch Zecken- und Insektenstiche (BB Zeckenstich 2016)

- 1 Abweichend zu Ziffer 5.2.4 AUB 2016 besteht Versicherungsschutz für Infektionen durch Zecken- oder Insektenstiche, wenn dadurch Lyme-Borreliose oder FSME ausgelöst wird.
- 2 Bei den in den Allgemeinen Unfallversicherungs-Bedingungen und den Besonderen Bedingungen enthaltenen Beschreibungen zu den Leistungsarten beginnen die dort genannten Fristen nicht mit dem Unfall (Zecken- oder Insektenstich), sondern erst mit der erstmaligen Diagnose der Infektion durch einen Arzt.

Erweiterungen zu den Allgemeinen Unfallversicherungs-Bedingungen (AUB 2016)

1 Was ist zusätzlich zu den AUB 2016 versichert?

1.1 Rettung von Menschen, Tieren oder Sachen

In Ergänzung von Ziffer 1 AUB 2016 sind Unfälle bei der rechtmäßigen Verteidigung oder aus dem Bemühen zur Rettung von Menschen, Tieren oder Sachen ohne Einschränkungen mitversichert.

1.2 Unfälle beim außerberuflichen Tauchen

In Ergänzung von Ziffer 1 AUB 2016 besteht für das Risiko des außerberuflichen Tauchens Versicherungsschutz auch für

- tauchtypische Gesundheitsschädigungen wie z. B. Caissonkrankheit oder Trommelfellverletzungen sowie
- den Ertrinkungs- bzw. Erstickungstod unter Wasser, auch wenn kein Unfallereignis eingetreten ist.

1.3 Gase und Dämpfe

In Ergänzung von Ziffer 1.3 der AUB 2016 wird bei Vergiftungen durch plötzlich ausströmende Gase und Dämpfe der Begriff der Plötzlichkeit auch dann angenommen, wenn der Versicherte durch besondere Umstände den Einwirkungen von Gasen und Dämpfen unentrinnbar mehrere Stunden lang ausgesetzt war.

Berufs- und Gewerbekrankheiten bleiben jedoch ausgeschlossen.

1.4 Unfälle infolge von Bewusstseinsstörungen durch Schlaganfall, Herzinfarkt, Zuckerschok, epileptische Anfälle oder Medikamenteneinnahme

Abweichend von Ziffer 5.1.1 AUB 2016 sind Unfälle infolge von Bewusstseinsstörungen in den Versicherungsschutz eingeschlossen, sofern diese Bewusstseinsstörungen durch einen

- Schlaganfall,
- Herzinfarkt,
- Zuckerschok,
- epileptischen Anfall oder
- Medikamenteneinnahme verursacht werden.

Die eigentlichen Gesundheitsschädigungen des Schlaganfalls, Herzinfarkts, Zuckerschocks, epileptischen Anfalls oder Medikamentenmissbrauchs sind nicht mitversichert.

1.5 Unfälle durch alkoholbedingte Bewusstseinsstörungen

Abweichend von Ziffer 5.1.1 AUB 2016 sind Unfälle infolge alkoholbedingter Bewusstseinsstörungen in den Versicherungsschutz eingeschlossen, sofern zum Unfallzeitpunkt der Blutalkoholgehalt

- beim Führen von Kraftfahrzeugen unter 1,1 Promille liegt;
- bei allen sonstigen Fällen unter 2,0 Promille liegt.

Weiterhin vom Versicherungsschutz ausgeschlossen bleiben Gesundheitsbeeinträchtigungen, die durch den Alkoholgenuß selbst hervorgerufen werden.

1.6 Raufhändeln, öffentliche Unruhen oder Schlägereien

Versichert sind Unfälle bei Raufereien aller Art, öffentlichen Unruhen und Schlägereien in die der Versicherte nicht als Urheber gerät.

1.7 Unfälle bei der Beteiligung an lizenzfreien Motorsportveranstaltungen

Abweichend von Ziffer 5.1.5 AUB 2016 sind mitversichert Unfälle bei der Teilnahme an genehmigten Fahrtveran-

staltungen mit Motorfahrzeugen, bei denen es auf die Erzielung einer Höchstgeschwindigkeit ankommt, sofern hierfür keine Lizenz erforderlich ist (beispielsweise das Fahren mit Leihkarts auf einer Kartanlage).

1.8 Strahlenschädigungen

In Ergänzung von Ziffer 5.2.2 AUB 2016 besteht auch Versicherungsschutz für Gesundheitsschädigungen durch Röntgenstrahlen oder ultraviolette Strahlen, wenn sie

- keine Folgen regelmäßigen Umgangs mit Strahlen erzeugenden Apparaten oder Berufskrankheiten sind und
- nicht durch strahlendiagnostische oder –therapeutische Heilmaßnahmen oder Eingriffe am Körper der versicherten Person entstanden sind.

1.9 Heilmaßnahmen

Schneiden von Nägeln, Hühneraugen oder Hornhaut bzw. Mani- oder Pediküre sowie Kleinsteingriffe werden nicht als Heilmaßnahme oder Eingriff gewertet.

1.10 Nahrungsmittelvergiftungen

In Ergänzung von Ziffer 5.2.5 AUB 2016 sind die Folgen von Vergiftungen durch Nahrungsmittel mitversichert.

Ausgeschlossen bleiben Alkoholvergiftungen.

1.11 Nervöse Störungen

In Abänderung von Ziffer 5.2.6 AUB 2016 besteht Versicherungsschutz für die Folgen nervöser Störungen, die im Anschluss an einen Unfall entstehen, wenn und soweit diese Störungen auf eine durch den Unfall verursachte organische Erkrankung des Nervensystems oder durch eine durch den Unfall neu entstandene Epilepsie zurückzuführen sind.

1.12 Zahnbehandlungs- und Zahnersatzkosten

1.12.1 Voraussetzungen für die Leistung

Der versicherten Person sind unfallbedingt Kosten für

- Zahnbehandlung oder
- Zahnersatz entstanden.

Sie müssen die Kosten durch Vorlage der Rechnung des Arztes nachweisen.

Voraussetzung ist auch, dass ein Dritter (z. B. Krankenkasse, Kranken-, Haftpflichtversicherer) nicht zu einer Kostenerstattung verpflichtet ist oder seine Leistungspflicht bestreitet.

1.12.2 Höhe der Leistung

Wir erstatten nachgewiesene und nicht von Dritten übernommene Kosten bis zu 5.000 EUR.

1.13 Medizinische Hilfsmittel

1.13.1 Voraussetzungen für die Leistung

Die versicherte Person hat

- wegen der durch das Unfallereignis verursachten Gesundheitsschädigung oder deren Folgen,
- innerhalb von drei Jahren, vom Unfalltag an gerechnet medizinische Hilfsmittel angeschafft.

Als medizinische Hilfsmittel gelten

- Gliedmaßen-Prothesen,
- Rollstühle,
- Krankenfahrstühle,
- Treppenlifte oder
- Badewannenlifte.

Die Erforderlichkeit des Hilfsmittels und der Zusammenhang mit dem Unfallereignis werden von Ihnen durch ein ärztliches Attest nachgewiesen.

1.13.2 Höhe der Leistung

Wir zahlen

- eine Beihilfe bis zu 5.000 EUR,
- sofern nicht ein Dritter (z. B. Krankenkasse) für diese Kosten eintritt.

Sollten Unfallfolgen mit Krankheiten oder Gebrechen zusammentreffen, wird Ziffer 3 AUB 2016 angewendet.

1.14 Rehabilitations-Beihilfe

1.14.1 Voraussetzungen für die Leistung

Die versicherte Person hat

- nach einem unter die Versicherung fallende Unfall,
- wegen der durch das Unfallereignis hervorgerufenen Gesundheitsschädigung oder deren Folgen
- innerhalb von drei Jahren, vom Unfalltag an gerechnet
- für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Wochen eine medizinisch notwendig stationäre Rehabilitationsmaßnahme

durchgeführt.

Rehabilitationsmaßnahmen müssen mit dem Ziel durchgeführt werden, die körperlichen Funktionen wiederherzustellen beziehungsweise die individuell größtmögliche Selbstständigkeit zu fördern.

1.14.2 Höhe der Leistung

Die Rehabilitations-Beihilfe wird in Höhe von 10.000 EUR einmal je Unfall gezahlt.

Sollten Unfallfolgen mit Krankheiten oder Gebrechen zusammentreffen, wird Ziffer 3 AUB 2016 angewendet.

Bestehen für die versicherte Person bei der Württembergischen Versicherungs AG mehrere Unfallversicherungen, so kann diese Leistung nur aus einem dieser Verträge verlangt werden.

2 Was ist nach einem Unfall zu beachten? (Fristen und Obliegenheiten)

2.1 Versehensklausel

Unterlässt der Versicherungsnehmer die Abgabe einer Anzeige oder unterlässt er die Erfüllung einer sonstigen Obliegenheit, so wird der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung nicht frei, wenn der Versicherungsnehmer bzw. die versicherte Person nachweist, dass das Versäumte nur auf einem Versehen beruht und nach seinem/ihrer Erkennen unverzüglich nachgeholt worden ist.

Handelt es sich um die Anzeige eines Umstandes, aufgrund dessen eine Zuschlagsprämie zu entrichten ist, so muss diese rückwirkend auf den Zeitpunkt bezahlt werden, an dem dieser Umstand eingetreten ist.

2.2 Meldefrist für geringfügige Verletzungen

In Ergänzung zu Ziffer 6.1 AUB 2016 werten wir es nicht als Obliegenheitsverletzung, wenn Sie nach einem Unfall zunächst davon ausgehen, dass der Unfall keine Leistungspflicht auslöst und einen Arzt erst dann hinzuziehen, wenn der wirkliche Umfang erkennbar wird.

3 Welche Umstellung des Tarifes erfolgt nach Vollendung des 70. Lebensjahres?

3.1 Reduktion der Leistungen

Bis zum Ablauf des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das 70. Lebensjahr vollendet, besteht Versicherungsschutz zu den vereinbarten Versicherungssummen.

Danach entfallen die Leistungsverbesserungen durch die

- Besonderen Bedingungen für Mehrleistungen (Teil III)
- Besondere Bedingungen für die Unfallversicherung mit progressiver Invaliditätsstaffel (Teil III)

Teil III

Besondere Bedingungen

Diese Besonderen Bedingungen ändern oder ergänzen je nach Vereinbarung die Bestimmungen der Allgemeinen Unfall-Versicherungsbedingungen (AUB 2016).

Besondere Bedingungen für Mehrleistungen 300 (BB Mehrleistungen 2016 – 300 Prozent)

Sie haben mit uns eine Unfallversicherung mit Mehrleistungen bei Invalidität vereinbart. Der Invaliditätsgrad wird nach Ziffer 2.2.1 und Ziffer 3 AUB 2016 ermittelt.

Ziffer 2.2.1 AUB 2016 wird wie folgt ergänzt:

- 1 Wir zahlen
 - ab einem unfallbedingten Invaliditätsgrad von mindestens 70 Prozent die doppelte,
 - ab einem unfallbedingten Invaliditätsgrad von mindestens 80 Prozent die zweieinhalbfache,
 - ab einem unfallbedingten Invaliditätsgrad von mindestens 90 Prozent die dreifache

Invaliditätsleistung.

- 2 Die Mehrleistung wird für jede versicherte Person auf 1.200.000 EUR beschränkt.

Bestehen für die versicherte Person bei unserer Gesellschaft mehrere Unfallversicherungen, so gilt dieser Höchstbetrag für alle Versicherungen zusammen.

Besondere Bedingungen für die Unfallversicherung mit progressiver Invaliditätsstaffel 500 (BB Progression 2016 – 500 Prozent)

Sie haben mit uns eine Unfallversicherung mit progressiver Invaliditätsstaffel vereinbart. Der Invaliditätsgrad wird nach Ziffer 2.2.1 und Ziffer 3 AUB 2016 ermittelt.

Ziffer 2.2.1 AUB 2016 wird wie folgt ergänzt:

- 1 Für jeden Prozentpunkt, der den unfallbedingten Invaliditätsgrad von 25 Prozent übersteigt, zahlen wir zusätzlich 2 Prozent aus der Versicherungssumme.
- 2 Für jeden Prozentpunkt, der den unfallbedingten Invaliditätsgrad von 50 Prozent übersteigt, zahlen wir zusätzlich weitere 5 Prozent aus der Versicherungssumme.

Auf die Höhe der Invaliditätsleistung wirkt sich diese Ergänzung im Einzelnen wie folgt aus:

Invaliditäts- Grad Leistung		Invaliditäts- Grad Leistung		Invaliditäts- Grad Leistung		Invaliditäts- Grad Leistung	
in %	in %						
1	1	26	28	51	108	76	308
2	2	27	31	52	116	77	316
3	3	28	34	53	124	78	324
4	4	29	37	54	132	79	332
5	5	30	40	55	140	80	340
6	6	31	43	56	148	81	348
7	7	32	46	57	156	82	356
8	8	33	49	58	164	83	364
9	9	34	52	59	172	84	372
10	10	35	55	60	180	85	380
11	11	36	58	61	188	86	388
12	12	37	61	62	196	87	396
13	13	38	64	63	204	88	404
14	14	39	67	64	212	89	412
15	15	40	70	65	220	90	420
16	16	41	73	66	228	91	428
17	17	42	76	67	236	92	436
18	18	43	79	68	244	93	444
19	19	44	82	69	252	94	452
20	20	45	85	70	260	95	460
21	21	46	88	71	268	96	468
22	22	47	91	72	276	97	476
23	23	48	94	73	284	98	484
24	24	49	97	74	292	99	492
25	25	50	100	75	300	100	500